



11. Ausgabe/September 2019

## Europa nach der Wahl: Jetzt die Politische Union aktiv gestalten

Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai waren kaum um, da drehte sich der europapolitische Diskurs fast ausschließlich noch um die Frage nach der künftigen personellen Besetzung der Spitzenämter. Was aber ist aus Wahlkampf und Wahlergebnis für die künftige inhaltliche Perspektive der Europapolitik zu schließen?

Gefürchtet wurde im Vorfeld der Wahl, dass die rechtspopulistischen Parteien vor einem erdrutschartigen Zugewinn an Sitzen stehen würden. Im Ergebnis haben Sie zwar zugelegt, doch nicht außerordentlich; sie stellen knapp ein Viertel der Abgeordneten. Zudem hat sich die Sorge um eine große Gemeinschaftsfraktion der Europagegner\_innen bislang als unbegründet erwiesen, da zwischen ihnen große inhaltliche Differenzen herrschen.

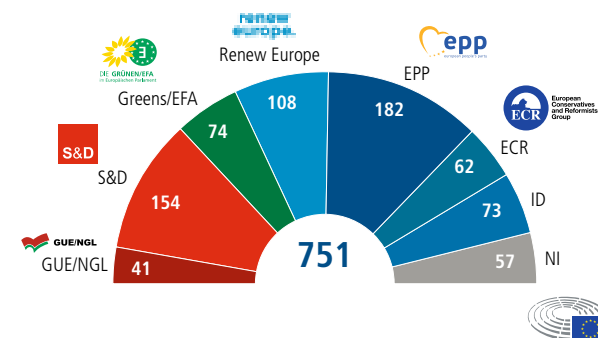
Das wichtigste Resultat der Wahl ist das Ende der bisherigen Mehrheitskoalition aus konservativer EVP und sozialdemokratischer S&D. Konnten beide Fraktionen bislang bequem als informelle große Koalition unter sich über Themen und Ämtervergaben entscheiden, lassen ihre großen Verluste an Abgeordneten dies nun nicht mehr zu. Künftig ist eine Mitwirkung entweder der liberalen Renew Europe oder der Fraktion der Grünen notwendig (vgl. Abbildung 1).

Das Personalgeschacher um die nicht zum Zuge gekommenen Spitzenkandidat\_innen vor der Nominierung der Kommissionspräsidentin zeigte exemplarisch, dass die Lektion neuer, vermutlich wechselnder Mehrheiten im Europäischen Parlament noch nicht verinnerlicht ist. Statt sich durch einen Kompromiss einen starken Einfluss auf die Entscheidung des Europäischen Rats beim Vorschlag für die oder den nächste/n Kommissionschef/in zu sichern, beharrten Konservative und Sozialdemokrat\_innen auf ihren jeweiligen Spitzenkandidaten Manfred

Weber und Frans Timmermans. Im Ergebnis nominierten die Staats- und Regierungschefs mit Ursula von der Leyen eine Kandidatin fern der parlamentarisch diskutierten Personalpläne, die bei ihrer Wahl am 16. Juli mit nur neun Stimmen über dem erforderlichen Quorum von den Parlamentarier\_innen zur neuen Kommissionspräsidentin gewählt wurde.

Das Wahlergebnis für Deutschland spiegelt weitgehend die gesamteuropäischen Entwicklungen. Hier haben SPD (-11,4 Prozentpunkte) und CDU (-7,5 Prozentpunkte; Eine Ausnahme bildet die bayerische CSU, die um einen Prozentpunkt zulegte) gegenüber der letzten Europawahl 2014 stark verloren. Der AfD (+3,9 Prozentpunkte) gelangen leichte Zugewinne, ebenso der FDP (+2,1 Prozentpunkte). Eindeutige Gewinner der Wahl sind in Deutschland aber die Grünen mit einem Plus von 9,8 Prozentpunkten (vgl. Abbildung 2).

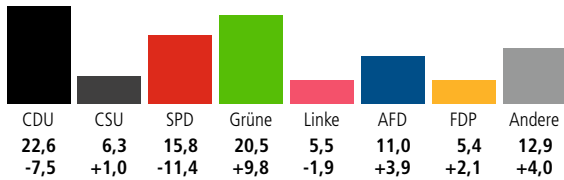
Abbildung 1:  
Sitzverteilung nach Fraktionen im neuen Europäischen Parlament, konstituierende Sitzung



Quelle: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/hearings2019/prasidium-2019/20190612ST054311/eu-parlament-beginnt-neue-wahlperiode-mit-sieben-fraktionen>.



Abbildung 2:  
Wahlergebnis Europawahl in Deutschland in %



Quelle: <https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/ergebnisse/bund-99.html>

### Es geht nicht um mehr oder weniger Europa

Das Wahlergebnis fügt sich zu einem Wahlkampf, in dem die Volksparteien sich um eine thematische Auseinandersetzung mit Detail- und Zukunftsfragen des Staatenverbunds herumdrücken wollten. Sie sind den Rechtspopulist\_innen auf den Leim gegangen, indem sie gegen deren Forderung eines Rückbaus der europäischen Integration die Verteidigung des Bestehenden setzten. „Unser Europa macht stark“ (CDU) und „Europa ist die Antwort“ (SPD) waren als Werbeslogans ausreichend, um für den Erhalt der Europäischen Union (EU) als Friedensgarant, für grenzenlose Reise- und Niederlassungsfreiheit und die Existenz einer gemeinsamen Währung zu mobilisieren. Doch der Blick auf den 26. Mai als „Schicksalswahl“ zwischen einer pro- und einer antieuropäischen Haltung verhinderte einen Streit der Parteien um die besten Konzepte zur Überwindung von Europas zahlreichen Krisen.

Allgemeine Zustimmung oder Absagen an den Integrationsprozess waren letztlich nicht wahlentscheidend, sondern die konkrete Politikgestaltung. Wer nicht viel mehr als die Verteidigung des Status quo ins Angebot nahm, dem wurde auch kein Konzept zur Überwindung der Spaltungslinien in der EU zugetraut. Und die EU ist gespalten zwischen Ost und West in den Fragen des Klimaschutzes und der Migration, sowie zwischen Nord und Süd in der sozialen Entwicklung und zu den Reformplänen für die Währungsunion.

Die Defizite sind bekannt. Zu lange setzte die EU die Wirtschaftsintegration an die erste Stelle. Das ist nicht falsch, doch anders als noch von François Mitterrand und Helmut Kohl angenommen, entwickelt sich die Politische Union nicht von allein. So wurden viele einmal begonnene Integrationsprojekte nicht vollendet:

- Schengener Freizügigkeit ohne gemeinsamen Außengrenzschutz und eine einheitliche Einwanderungspolitik;
- ein Binnenmarkt ohne hinreichenden Schutz vor Steuer- und Sozialdumping;
- eine Währungsunion ohne fiskalpolitisches Zentrum zur Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken;

- ambitionierte Klimaziele, die auf das Instrument des Emissionshandels setzen ohne einen verpflichtenden Plan zum sozialökologischen Umbau der Wirtschaft.

### Globale Risiken gemeinsam bewältigen

Die in der Eurokrise und der Migrationskrise besonders anschaulichen Defizite der EU wiegen umso schwerer in einer Zeit, in der die negative Seite der Globalisierung für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar wird. Wer schützt denn vor globalen Herausforderungen, wie Finanzmarktkrisen, dem Klimawandel oder einer Überforderung mit der Migration? Wer kann denn das gebrochene Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen reparieren? 30 Jahre nachdem das „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) ausgerufen wurde, ist der Glaube an die Selbstheilungskräfte eines weltumspannenden Marktes tief erschüttert. Und das Modell des globalen Wettbewerbs, das die EU adaptiert und wenig zu mildern bereit oder fähig ist, lässt das Unbehagen der Bürgerinnen und Bürger noch wachsen.

Viel ist seit den 1990er Jahren davon gesprochen worden, Europa müsse sich an den Lauf der Globalisierung anpassen, müsse „fit werden“ für den internationalen Wettbewerb. Dagegen hört man selten den Anspruch formuliert, die Globalisierung durch das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell zu prägen. Dies wäre aber der zu beschreitende Weg, um ein Dilemma zu überwinden: Die Anpassung an die Globalisierung führt zum Eindruck, dass die EU in Krisenzeiten viel unternimmt, um den Bankensektor zu stützen und die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen in den Mitgliedstaaten einzufordern. Doch zugleich wird zu wenig getan, um soziale Krisenfolgen, wie Armut und Arbeitslosigkeit, abzumildern und globale Herausforderungen, wie Klimawandel, Migration und Digitalisierung, zu gestalten.

Zwar hat die 2007 ausgebrochene globale Finanzkrise die Unzulänglichkeit eines auf schlecht regulierte Kapitalmärkte setzenden globalen Wettbewerbs erwiesen. Doch am politischen Verständnis einer unvermeidlichen, nur durch Anpassung zu bewältigenden Globalisierung wurde festgehalten. Wirtschaftliche Deregulierung und Privatisierung, starre Haushaltsregeln und leistungssenkende Reformen der Arbeits- und Sozialsysteme haben in der letzten Dekade weiter die Realität europäischer Politik geprägt. Besonders deutlich wurde dies in den krisenverlängernden Reformauflagen für Griechenland, Portugal, Spanien und andere Betroffene der Eurokrise. Als „Dank“ für die staatliche Bankenrettung in der Finanzkrise wurden die Tätigkeiten des Staates angesichts hoher Verschuldungsquoten stärker wie nie zuvor kritisiert – ein „befremdliches Überleben des Neoliberalismus“ (Colin Crouch).

## Interview mit Tiemo Wölken MdEP, Mitglied im Rechtsausschuss

*Herr Wölken, wie bewerten Sie mit einigem Abstand die Ergebnisse der sozialdemokratischen Parteien bei der Europawahl und speziell das Ergebnis der SPD?*

Die Sozialdemokratischen Parteien in Europa haben sehr unterschiedlich abgeschnitten. Während die PvdA in den Niederlanden Erfolge zu verzeichnen hat, ist das Ergebnis für die SPD bitter. Insgesamt sind wir jedoch die zweitgrößte Fraktion im Europäischen Parlament. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen jetzt gradliniger werden, um das Vertrauen zurückzugewinnen.

*Vor welchen Herausforderungen sehen Sie Europa und die EU aktuell? Wie will die Sozialdemokratie wieder Boden gut machen? Mit welchen Themen wollen Sie in Brüssel wieder an Profil gewinnen?*

Drei Themen sind auf europäischer Ebene für mich vorrangig: Wir brauchen eine sozial gerechte Klimapolitik, eine Strategie für die Digitalisierung, die den Menschen nicht aus den Augen verliert und mehr Transparenz bei Entscheidungen in der EU.

*Die rechtspopulistischen Parteien haben zwar an Stimmen dazugewonnen, jedoch nicht so stark wie befürchtet. Wie ordnen Sie das Ergebnis jener Parteien ein?*

Die Umfragen haben wirklich schlimmeres vermuten lassen und es ist gut, dass die Rechtspopulist\_innen nicht so stark geworden sind. Das zeigt, dass nur wenige Menschen ihren einfachen Antworten auf den Leim gehen.

*Überall auf der Welt ist ein Erstarren autoritärer, protektionistischer und populistischer Kräfte zu beobachten. Wie sollte die EU Ihrer Meinung nach auf globaler Ebene auftreten?*

Wir dürfen uns diesen Tendenzen auf keinen Fall aus wirtschaftlichen Interessen heraus beugen. Das Mercosur-Abkommen ist ein gutes Beispiel dafür: Mit der Marktmacht von über 500 Millionen Europäerinnen und Europäern wurden Umweltstandards in das Handelsabkommen hineinverhandelt. Doch vor der Ratifizierung durch das Europäische Parlament torpediert der brasilianische Präsident Bolsonaro diese Vorgaben und verhindert, wenn überhaupt, nur halbherzig, dass noch mehr Regenwald abbrennt. In der jetzigen Situation dürfen wir diesem Abkommen deswegen nicht zustimmen – der Klimaschutz muss Vorrang vor dem Freihandel haben.

*Immer mehr junge Menschen sind Teil der Fridays for future Bewegung. Wie schaut man in Brüssel und Straßburg auf diese Bewegung? Wie schätzen Sie das politische Engagement der jungen Generation generell ein?*

Immer wenn ich in Schulen unterwegs bin, bedanke ich mich bei den jungen Menschen für ihren Protest und ihr Durchhaltevermögen. Das allein ist den Streikenden aber völlig zurecht zu wenig. Wir müssen jetzt liefern. Wenn es um die Rettung unseres Planeten geht, dann ist die Schulpflicht in diesem Moment zweitrangig und ich bin froh, dass die Debatte nicht nur freitags geführt wird, sondern auch in den Parlamenten und darüber hinaus an Fahrt aufnimmt.

*Wo sehen Sie Schnittmengen zwischen Europapolitik und Themen, die Niedersachsen betreffen?*

Die Schnittmengen sind sehr groß, denn viele Themen in Niedersachsen sind von der Europapolitik beeinflusst. So wird beispielsweise der Brexit Einfluss auf die Niedersächsischen Häfen



und die Wirtschaft haben. Zudem ist die Nitratbelastung in unseren Gewässern vielerorts zu hoch. Die Grenzwerte, die einzuhalten sind, werden auf EU-Ebene festgelegt. Aber auch die vielen Fördergelder für Projekte wie Dorferneuerungen und Ähnliches zeigen, wie verwoben Landes- und Europapolitik sind.

*Was braucht es Ihrer Meinung nach für eine demokratischere und sozialere EU? Wie könnten zukünftig die Rechte des Parlaments in Brüssel gegenüber den anderen EU-Institutionen gestärkt werden?*

Wir brauchen eine Änderung der Verträge – leider geht es, um auf der sicheren Seite zu sein, nicht anders. Die Staats- und Regierungschefs haben bei der Nominierung von Ursula von der Leyen gezeigt, dass sie notfalls lieber nationale Interessen durchsetzen als europäisch zu denken. Ich halte die Wahl Ursula von der Leyens auch deshalb für einen Fehler. Deswegen müssen die Verträge geändert werden, damit das Europaparlament ein Initiativrecht bekommt und das Spitzenkandidat\_innen-Prinzip fest verankert wird. Frau von der Leyen hat aber versprochen, Initiativen des Parlaments aufzunehmen und das Spitzenkandidat\_innen-Prinzip rechtlich abzusichern. Daran werde ich sie messen.

*Was erwarten Sie sich von der neuen Kommission und speziell von Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin?*

Frau von der Leyen hat große Versprechungen gemacht, indem sie beispielsweise die Europäische Kommission paritätisch mit Männern und Frauen besetzen will oder den Klimaschutz engagierter als bisher angehen will. Ihr vorgeschlagenes Arbeitsprogramm liest sich dabei wie ein Katalog, der aus den Wahlprogrammen der verschiedenen Fraktionen zusammengestellt wurde. Die Staats- und Regierungschefs haben sie vorgeschlagen, ohne ihr Programm zu kennen. Es ist unwahrscheinlich, dass sie die vielen Wahlversprechen von Frau von der Leyen an die verschiedenen Gruppen einlösen wollen.

*Wie sieht Ihre persönliche Vision für die EU in 10 Jahren aus?*

Endlich wieder mehr Europa mit einer vertieften Gemeinschaft. Und vielleicht sogar mit neuen Mitgliedsstaaten. Die nächsten Jahre entscheiden darüber, ob die Vision der Vereinigten Staaten von Europa noch lebendig ist, oder ihr durch nationalstaatliches Kleinklein der Todesstoß gesetzt wird. Mit Nationalstaaterei überzeugen wir niemanden mehr. Wir Europäer\_innen müssen jetzt mutig sein und zeigen, wie wichtig die Europäische Union für die Menschen ist.

*Sie sind jetzt 33 Jahre alt und zählen damit zu den jüngsten Abgeordneten in Brüssel. Wirkt sich das Alter auf Ihre Arbeit aus? Werden Sie anders wahrgenommen?*

Zu Beginn gab es durchaus die eine oder andere Frage, ob ich ein neuer Mitarbeiter sei – mittlerweile kennt man mich jedoch und weiß mich richtig einzuordnen.



In Zeiten der Krise(n) wird häufig auf Altbewährtes zurückgegriffen. Rechte Populist\_innen setzen auf die angebliche Kraft des Nationalstaats. Aber der Klimawandel macht nicht an dessen Grenzen halt, die Migration bewältigt man nicht durch Abschottung, einzelstaatliche Regeln für globale Kapitalmärkte führen zur Problemverlagerung. Den globalen Risiken einer interdependenten Welt kommt man nicht mit den Mitteln des historischen Nationalstaats bei.

### Weniger Marktgläubigkeit, mehr politische Gestaltung

Doch ein Beharren auf dem „Weiter so“ des ausgetretenen wirtschaftlichen Integrationspfads mit Hoffnung auf einen Automatismus ohne Anstrengung in die Politische Union wird dem Missmut über die Schattenseiten der Globalisierung auch nicht gerecht. Priorität haben muss nun die Überwindung der internen Krisen und Spaltungen Europas.

- (1) Die europäische Einwanderungspolitik kann nicht auf einen Konsens bei der Umverteilung von Asylbewerber\_innen warten. Das gemeinsame Interesse aller Staaten am Außengrenzschutz der EU gilt es zu nutzen, um über die reine Grenzsicherung hinaus Asylstandards einander anzunähern und Integrationsmittel bereitzustellen. Staaten mit Fachkräftemangel könnten erheblich profitieren von legalen Wegen in die EU für qualifizierte Arbeitsmigrant\_innen. Deren Auswahl und Quotierung sollte Aufgabe der neu geschaffenen Europäischen Arbeitsagentur werden.
- (2) Das soziale Europa darf nicht länger eine Floskel bleiben. Die Marktwirtschaft ist auch in der EU sozial auszubauen. Um dieses spezifisch europäische Erfolgsmodell sozial regulierter Märkte nicht zu untergraben, sollte die 2017 proklamierte Europäische Säule sozialer Rechte als Sozialprotokoll in den Vertragsrang gehoben und so den Binnenmarktfreiheiten gleichgestellt werden. Sie ist zudem durch

Mindeststandards und Zielwerte zu stärken, etwa durch eine Mindestlohnnorm und einen Mindestsatz bei den Unternehmenssteuern.

- (3) Die Währungsunion muss endlich krisenfest werden. Denn ohne Korrekturen an ihrer Maastrichter Architektur ist sie zum dauerhaften Krisenmodus oder zum Scheitern verurteilt. Die neue Kommissionspräsidentin hat Recht, wenn sie eine europäische Arbeitslosenversicherung zur Bekämpfung asymmetrischer Schocks in der Eurozone in Erwägung zieht. Für eine Fiskalunion sind zudem eine vollständig umgesetzte Bankenunion, eine Gemeinschaftsanleihe und ein neuer Makroökonomischer Dialog vonnöten.
- (4) Für einen sozialökologischen Umbau der Wirtschaft ist der nächste mehrjährige Finanzrahmen der EU ab 2021 die zentrale Stellschraube. Die Mittelkonzentration in den Ausbau erneuerbarer Energien, für mehr Energieeffizienz und emissionsarme Mobilität müssen einher gehen mit einem Umbau der Gemeinsamen Agrarpolitik hin zur ökologischen, den Natur- und Artenschutz als zentrale Komponenten fördernden Landwirtschaft. Der Wandel von Industrie, Mobilität und Agrarsektor kann nur durch soziale Abfederung im Rahmen von grünen Infrastrukturprojekten gelingen.

Kein europäischer Staat ist groß, wirtschaftsstark und politisch einflussreich genug, um im Alleingang den Verlauf der Globalisierung beeinflussen zu können. Die EU mit ihren 513 Mio. Einwohner\_innen und dem größten Markt der Welt ist es hingegen schon. Das haben die Bürgerinnen und Bürger in der Europawahl auch verstanden: Die Wahlbeteiligung war in der EU mit 50,6 Prozent, in Deutschland mit 61,4 Prozent so hoch wie seit 25 Jahren nicht mehr.

Hieraus leitet sich die Verpflichtung ab, in der Legislaturperiode bis 2024 die Marktgläubigkeit abzulösen durch einen europäischen Gestaltungsanspruch zur Rahmung und Einhegung globaler Risiken. Gäbe es die EU nicht, man müsste sie jetzt erfinden.

### Lesetipps

Bauman, Zygmunt (2017): **Retrotopia**, Berlin: Suhrkamp.

Beck, Ulrich (2007): **Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit**, Berlin: Suhrkamp.

Busch, Klaus/Bischoff, Joachim/Funke, Hajo (2018): **Rechtspopulistische Zerstörung Europas? Wachsende politische Instabilität und die Möglichkeiten einer Kehrtwende**, Hamburg: VSA.

Crouch, Colin (2011): **Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus**, Berlin: Suhrkamp.

Hacker, Björn (2018): **Weniger Markt, mehr Politik. Europa rehabilitieren**. Bonn: J.H.W. Dietz.

Offe, Claus (2016): **Europa in der Falle**, Berlin: Suhrkamp.

Schulmeister, Stephan (2018): **Der Weg zur Prosperität**, Wals bei Salzburg: ecowin.